

14.03.2023
047b

PRESSEMITTEILUNGEN
DER DEUTSCHEN
BISCHOFSKONFERENZ



Es gilt das gesprochene Wort!

Statement
von Boris Wilke,
Deutsches Orient-Institut (Hamburg), Experte für die Region
Südasiens mit Schwerpunkt Pakistan,
bei der Vorstellung der Arbeitshilfe *Solidarität mit verfolgten und*
bedrängten Christen in unserer Zeit – Pakistan
in der Online-Pressekonferenz am 14. März 2023

Politische und zivilgesellschaftliche Herausforderungen in Pakistan unter besonderer Berücksichtigung der aktuellen Lage

Pakistan erscheint in der Öffentlichkeit zumeist als ein von politischen Unruhen oder Naturkatastrophen betroffenes Krisenland oder als ein internationaler „Störenfried“, der sich Nuklearwaffen beschafft und weiterverbreitet, und dazu noch dem internationalen Terrorismus mehr Vorschub leistet, als dass es ihn konsequent bekämpft. Dass diese Vorwürfe völlig aus der Luft gegriffen wären, wird kaum jemand behaupten wollen – nicht von ungefähr fand sich das Land bis vor Kurzem auf der sog. Grauen Liste der Financial Action Task Force (FATF) der OECD wieder; auch untermauern die präzedenzlose Flutkatastrophe des Jahres 2022 sowie die andauernde gegenwärtige Finanzkrise bei drohendem Staatsbankrott Pakistans Status als Dauerkrisenland.

Der jahrzehntelang eingeübte Krisendiskurs vernachlässigt jedoch auf eigentümliche Weise die strategische Bedeutung, die dem Land mit seinen über 230 Millionen Einwohnern, von denen die Hälfte weniger als 22 Jahren alt ist, international zukommt. Ohne Pakistan als Akteur im Rahmen dessen, was von Global Governance in diesen Zeiten noch übriggeblieben ist, werden große Probleme der Weltgemeinschaft nicht zu lösen sein. Hieraus sind Schlussfolgerungen zu ziehen für die internationale politische Kommunikation auf allen Ebenen.

Es wird zudem unterschätzt, welche Fortschritte das Land – hierin anderen Ländern des Globalen Südens ähnlich – in den letzten zwei Dekaden auf seinem Weg in Richtung einer Verbürgerlichung von Politik und Gesellschaft erzielt hat. Diese sind ablesbar u. a. am deutlichen Rückgang politischer und

Herausgeberin
Dr. Beate Gilles
Generalsekretärin
der Deutschen Bischofskonferenz

Redaktion
Matthias Kopp (verantwortl.)
Pressesprecher

Kaiserstraße 161
53113 Bonn
Tel.: +49 (0) 228 103 214
Fax: +49 (0) 228 103 254
E-Mail: pressestelle@dbk.de

dbk.de
facebook.com/dbk.de
twitter.com/dbk_online
youtube.com/c/DeutscheBischofskonferenz

terroristischer Gewalttaten in den zehn Jahren vor Ausbruch der Corona-Pandemie, aber auch im Wandel der politischen Kultur. Das zentrale Strukturproblem besteht darin, dass die Mittelschicht des Landes zwar breiter geworden ist, aber politisch noch nicht den Ton angibt. Zudem ist Verbürgerlichung nicht gleichbedeutend mit Säkularisierung oder Profanisierung. Vielmehr können Fragen der religiösen oder nationalen Identität eine größere Rolle spielen als zuvor.

Die gegenwärtige politische Krise, die mit dem offenbar qua Stimmenkauf herbeigeführten Sturz des Premier Imran Khan im April 2022 ihren Anfang nahm und sich gegenwärtig manifestiert in massiven Menschenrechtsverletzungen gegen Oppositionelle in Politik und Medien, ist ebenso Ausdruck dieses Wandels wie der Prestigeverlust der bis dato scheinbar unangreifbaren Armeeführung. Die Anhänger Khans, auf den im November 2022 von Unbekannten ein fehlgeschlagener Mordanschlag verübt wurde, misstrauen den alten Institutionen und Parteien und fordern nun sogar jene Armee heraus, die einst Khans Aufstieg förderte.

Dabei hat sich Pakistans Armee schon im ersten Jahrzehnt nach der Staatsgründung 1947 als der wichtigste politische *player* etabliert und das Land seither in Krisenzeiten direkt regiert, während sie im Normalfall – wie gegenwärtig seit 2008 – deutlich sichtbar im Hintergrund die Fäden zieht. Zum schwierigen Erbe der Militärdominanz gehört die mit Beginn des Afghanistankriegs 1978 eingerichtete Kriegerkultur von Privatarmeen, sog. Mudschaheddin, die sich auf ein bestehendes religiöses Milieu aus Parteien, Stiftungen und Moscheen stützt. Viele Gruppierungen sind zugleich Gewaltorganisation und soziale Bewegung. Ihr Wirken lässt sich studieren an den Terroranschlägen von Mumbai 2008 oder der Entführung und Ermordung des Journalisten Daniel Pearl 2003, vor allem aber an einem bizarren Sektierertum, dessen Gewalttaten sich gegen Andersgläubige beinahe jedweder Provenienz richten.

Islamistische Parteien sind dagegen bei Parlamentswahlen weitgehend erfolglos geblieben. Aber sie haben den sprichwörtlichen Druck der Straße erzeugt, der gewählte Regierungen z. B. zur Verschärfung der Blasphemie-Gesetzgebung gedrängt hat. Zielscheibe von Kampagnen sind Minderheiten wie Hindus, Christen oder die nicht als Muslime anerkannten Ahmadiyya, aber auch Schiiten oder die dem Volksislam nahestehenden Sufis. Der auch im Alltag und in der Öffentlichkeit sichtbare Bedeutungsgewinn von Religiosität ist jedoch nicht allein der Politisierung oder Militanz geschuldet. Im Gegenteil wecken die Urbanisierung der Gesellschaft und die Individualisierung der Lebensstile ein neues Bedürfnis nach religiösem Rat in Alltagsfragen und in Krisensituationen. Sachkundig in solchen Fragen der religiösen Ethik zeigen sich verstärkt unorthodoxe, selbstgeschulte Prediger, die ihre Weltsicht im Internet verbreiten und bestehende Konflikte verschärfen.

Seit Pakistan nach dem 11. September 2001 erneut zum Frontstaat wurde, richten sich Terroranschläge der Mudschaheddin auch gegen die pakistanische Armee; dies gilt insbesondere für die 2007 gegründeten „Tehrik-i-Taliban Pakistan“ (TTP), die seit der

Rückkehr der afghanischen Taliban 2021 wieder erstarkt sind und das Land gegenwärtig mit einer neuen Terrorwelle überziehen. Regierung und Armee scheinen sich einig darin, nicht nur mit polizeilichen, sondern auch mit militärischen Mitteln gegen die TTP vorzugehen zu wollen. Eine neuer „Anti-Terror-Krieg“ im Innern steht bevor.

Pakistan steht mitten in einer Vielfachkrise: Folgenbewältigung der Corona-Pandemie und der Flutkatastrophe des Jahres 2022, drastische Energiepreissteigerung bei drohendem Staatsbankrott und bevorstehendem Austeritätsprogramm, Abschluss der Verhandlungen mit dem Internationalen Weltwährungsfonds, politische Verfassungskrise zwischen den politischen Lagern, Menschenrechtsverletzungen gegen die politische Opposition und Medien, bevorstehende Anti-Terror-Operation. Hinzu kommt, dass die politische Polarisierung der Weltgemeinschaft im Zuge des Ukraine-Konfliktes beginnt, sich massiv auf die innenpolitischen und regionalen Konfliktlagen (Afghanistan, Indien) auszuwirken. Pakistan steht vor der größten Bewährungsprobe seiner Geschichte. Die über die letzten beiden Jahrzehnte erzielten Fortschritte stehen damit auf dem Spiel – ganz zu schweigen von Pakistans Beitrag zur Global Governance.